

# Sozialistische Gruppe (SG)

Heft 3

Joschka Fischer et al.

## Noch eine Vergangenheit, die „nicht vergehen will“

---

**Termine** S. 2, S. 23 u. S. 24

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Die Studie "Armut u. Ungleichheit in Deutschland" hat's herausgefunden:

**"Armutrisiko" Kind** S. 12

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

**Philosophische Fragen, die keine sind** S. 13

Instrumente kritischen Denkens, wie wir sie gar nicht mögen

**"Du bist dogmatisch!"** S. 21

---

# **Sozialistische Gruppe (SG)**

## **Umwelt und Naturschutz**

Dass "unsere Umwelt" ein Problem hat, ist jedem bekannt. Schüler werden in der Schule damit vertraut gemacht, den Programmen der politischen Parteien lässt es sich entnehmen, und die Öffentlichkeit sorgt sich darum. Wäre es, wie mit der "Umweltproblematik" behauptet, wirklich bloß ein Problem, das die Natur, die "um uns herum" ist, mit "uns" hat, dann könnte "uns" dieses Problem gestohlen bleiben.

Doch dieses Drum-Herum geht uns etwas an: Es ist Lebensgrundlage, Produktionsbedingung und Sphäre der Erholung. Wenn es zum Problem wird, dann offensichtlich deshalb, weil es für die diversen Zwecke der Leute, die dieses Drum-Herum benutzen und brauchen, ruiniert wird.

Wären "wir alle", wie landläufig vertreten wird, der Schädiger unserer eigenen Lebensgrundlagen, dann genügte der Nachweis, dass die Benutzung der Natur nicht zweckmäßig ist, und die Sache wäre gelöst.

Offensichtlich sind die Zwecke, die sich die Natur unterwerfen, andere als die der Benutzung für menschliches Bedürfnis. Was aus der Natur wird, wie sich das lebendige wie leblose Inventar der Erde verändert, entscheiden die eigentümlichen Gesetze dieser Produktionsweise und der politischen Herrschaft, die per Gewalt darüber rechtet und wacht, wie die Natur verwendet wird. Dass die oberste Gewalt Umweltpolitik zur bleibenden Staatsaufgabe erklärt, ist ein Eingeständnis, dass Vergiftung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die marktwirtschaftlichen Interessen eine bleibende Errungenschaft dieses feinen Systems darstellen - und dokumentiert zugleich, dass eine Abschaffung dieses "Problems" nicht im politischen Programm ist.

Wir meinen, dass es nicht schaden kann, sich einmal Klarheit darüber zu verschaffen, wovon die Rede ist, wenn "Umwelt" in der Öffentlichkeit Thema ist und stellen unsere Thesen dazu am

**Mittwoch, den 2. 5. 2001**

**um 20.00 Uhr c.t.**

im Gebäude des Sprecherrats,  
Turnstr. 7, in Erlangen

zur

**Diskussion**

Weitere Veranstaltungen der SG s. Rückseite

Joschka Fischer et al.:

## Noch eine Vergangenheit, die „nicht vergehen will“<sup>1</sup>

Joschka Fischer ist unter Beschuss geraten. Der erste deutsche Außenminister, der nach 1945 einen Krieg - in Jugoslawien - androhen und dann bis zum Sieg diplomatisch begleiten durfte, soll tatsächlich *schon* in seiner Frankfurter Spontizeit „unpolitisch, aber gewaltbereit“ gewesen sein. Der anvisierte Widerspruch ist zwar kaum wahrnehmbar, schreit aber nach Meinung aller interessierten Beobachter entweder zum Himmel oder nach Aufklärung: Darf jemand mit so einer „militanten Vergangenheit“ überhaupt Außenminister sein und die deutschen Rechte in der Welt mit dem guten Gewissen vertreten, dass Gewalt dabei garantiert nur im Namen der höchsten Menschheitswerte zum Einsatz kommt? Aus den Reihen der CDU werden die ersten Rücktrittsforderungen laut. - Kaum steht die Frage im Raum, trifft Umweltminister Trittin den Sohn des ermordeten Generalbundesanwalts Buback im Zug und distanziert sich nicht deutlich genug von der „klammheimlichen Freude“, die ein gewisser Mescalero vor 25 Jahren angesichts des damaligen RAF-Attentats bekundet hat. Schon ist der nächste „Gewalttäter“ in der Regierung dingfest gemacht, und die Springer-Presse - die auch eine Vergangenheit hat - diskutiert die nächste Frage: Was trieb Schröder eigentlich seinerzeit?

### 1. Der Anlass: Eine Opposition besinnt sich auf „Sachthemen“

Ein bisschen an den Haaren herbeigezogen ist das Ganze schon. Selbst der frühere Bild-Chefredakteur Peter Boenisch gibt seine Verwunderung darüber zu Protokoll, dass auf einmal alte Geschichten ausgegraben werden, *obwohl* die „Ergebnisse“ dieser Regierung doch gar nicht so schlecht sind:

*„Fischer war, wie er war, und er ist, wie er ist. Heute entscheiden allein seine diplomatischen Ergebnisse und nicht die Bilder aus einer beiderseits gewalttätigen und hasserfüllten Vergangenheit.“*

Da muss dem inzwischen altersweise gewordenen Hassschriftsteller allerdings die Erinnerung an die Spielregeln seines Gewerbes abhanden gekommen sein. Sein „obwohl“ liest sich da nämlich immer noch als ein „gerade deswegen“. Natürlich ist dem aufgeregten Getue zu entnehmen, dass weder die konservative Opposition noch ihre gleichgesinnten Medien *in der Sache* besonders viel am Kurs der rotgrünen Regierung auszusetzen haben. Sonst könnten sie ja *das* zum Thema machen und müssten nicht auf unscharfen Photos nachschauen, ob der Außenminister Polizisten geohrfeigt hat oder sein Umweltkollege in Gesellschaft von Bolzenschneidern unterwegs war. Aber die glorreiche Neuordnung des Balkans, die neueste Steuererhöhung oder der wirtschaftsfreundliche Kurs des „Autokanzlers“ geht auch für die demokratischen Konkurrenten so sehr in Ordnung, dass ihnen bestenfalls

gelegentliche Mäkeleien über mangelnde „Professionalität“ und so Zeugs einfallen. *Eben deshalb* kommt freilich eine zweite Seite des freiheitlichen Parteienstreits zum Tragen, die ihn erst richtig schön macht. Nur wegen ihrer Zufriedenheit mit der Regierungspolitik beschränkt sich eine Opposition doch nicht auf Glückwünsche und Verbesserungsvorschläge! Wo bliebe denn da das Opponieren, das energische Dagegenhalten, das spätestens beim nächsten Wahlakt zur Entscheidung zwischen dem einen Kreuzchen und dem anderen dringend benötigt wird? Gerade die Unumstrittenheit der nationalen Anliegen, ihrer Methoden und Maßstäbe macht es umso dringlicher, ganz grundsätzlich und immer mal wieder die reine *Machtfrage* in den Mittelpunkt zu stellen. Kann und darf die jetzt mit dem Regieren betraute Mannschaft weiterhin sagen, wo's langgeht, - oder ist die Politik, zu der niemand Alternativen kennen will, nicht vielmehr bei der eigenen, fähigeren, glaubwürdigeren Crew viel besser aufgehoben? Bei der spannenden Frage, wer besser als der andere *zur Machtausübung berechtigt* ist, haben die C'ler in letzter Zeit genug einstecken müssen, wg. Schwarzgeld, „Ära Kohl“ und Zänkereien in der eigenen Führung. Da boten die Bilder und Erlebnisberichte aus grün-militanter Vorzeit eben die beste Gelegenheit, diesen langweiligen Spieß umzudrehen und obendrein noch politmoralische Pluspunkte zu sammeln: Was sind schon leicht unkoschere Parteigeld-Affären gegen den Verdacht, leibhaftige Vertreter der Staatsgewalt hätten sich früher einmal gegen genau das staatliche Gewaltmonopol versündigt, in dessen Namen sie heute Gefolgschaft verlangen?

## **2. Aufarbeitung, erste Etage: Ein Politiker bewältigt seine Biographie**

Die Brisanz *dieses* Verdachts, der seine Karriere in ganz anderer Weise gefährdet als z.B. ein gescheiterter EU-Gipfel - der eher die Notwendigkeit seines außenpolitischen Wirkens unterstreicht -, ist Minister Fischer wohl von Anfang an klar gewesen. Immerhin teilt er den Maßstab, der im Versuch seiner moralischen Disqualifikation als Politiker an ihn angelegt wird: Auch für ihn ist der Absolutismus einer Staatsgewalt, die nicht nur praktisch, sondern obendrein moralisch als höchstes Gut gewürdigt werden will, ein zu hoher Wert, um diesbezügliche Anwürfe gegen ihn einfach als durchsichtiges Manöver politischer Neider und Konkurrenten *abzutun*. Der Fall Kohl, der die nervenden Fragen nach irgendwelchen Spendernamen mit bestem Gewissen aussitzt - was dem Staate nützt, hier genauer: dem Aufbau der Ost-CDU, kann doch nichts Schlechtes sein! -, ist mit der ethischen Dimension des Falles Fischer eben nicht zu vergleichen. Das Ansinnen, dem Amtsinhaber mit der aufgeworfenen „Gewaltfrage“ die moralische Qualifikation zur hoheitlichen Tätigkeit so grundsätzlich abzuspochen, dass jede Verteidigung hart an die Selbstanklage gerät, verbietet ferner eine zu umstandslose *Distanzierung* von der Vergangenheit, bloß weil der Beschuldigte sich inzwischen geläutert hat: Die Vorwürfe kreiden Fischer schließlich an, dass er *überhaupt jemals* auf den

Gedanken verfallen ist, das Allerheiligste der Demokratie - die zutiefst legitime staatliche Gewaltausübung - in Zweifel zu ziehen, und sind mit dem Verweis auf spätere Bekehrung keineswegs zufriedenzustellen.

Er selbst fühlt sich ja auch herausgefordert, erwies sich dem Moralismus seiner Kritiker aber durchaus gewachsen. Wenn man ihn so hört, könnte man glatt meinen, er hätte das Thema auch ohne Klein-Prozess und CDU-Bundestagsanfragen ganz von selbst aufs Tapet gebracht:

*„Ohne meine Biographie wäre ich heute ein anderer, und das fände ich gar nicht gut. ... Ja, ich war militant.“* (STERN 2/01; aus diesem Interview sind auch die folgenden Zitate)

Hat er auch nie verheimlicht, die ehrliche Haut. Die Unmöglichkeit, sich Joschka Fischer etwa mit der Biographie von Guido Westerwelle vorzustellen, lässt schon erahnen, wie es weitergeht. Wahrscheinlich im Sinne des albernen Willy-Brandt-Spruchs, dass gerade ein wenig jugendlicher Überschwang die beste Voraussetzung dafür abgibt, hinterher umso mehr staatsmännische Verantwortung zu tragen - wenigstens lassen sich, wenn man einmal im Staatsamt gelandet ist, selbst eingestandene Jugendtorheiten zu wertvollen Bildungserlebnissen verklären. Und in der Tat: Wenn seine damaligen Aktionen den Verdacht einer allzu grundsätzlichen Gegnerschaft zu dem „System“ nahe legen, dem er inzwischen an maßgeblicher Stelle vorsteht, dann liegt hier natürlich nicht einfach ein Gegensatz vor. Erstens waren *die Zeiten* so, dass Missverständnisse auf allen Seiten geradezu vorprogrammiert waren:

*„Sie müssen den Gesamtzusammenhang sehen. Es war eine Zeit, in der auf Rudi Dutschke geschossen wurde, eine Zeit der härtesten Konfrontation, des öffentlich gepredigten Hasses gegen die Studenten, wo für uns die deutsche Demokratie ein Gesicht zeigte, das die Kontinuität des Nationalsozialismus wieder aufscheinen ließ. Das hat bei uns Feindbilder in den Köpfen geschaffen.“*

Wer hätte bei so viel Konfrontation wohl der Konfrontation ausweichen können? Wenn die Demokratie demonstrierenden Studenten aus unerfindlichen Gründen ein „Gesicht“ zeigte, das höfliche Jungakademiker als Schatten des Faschismus interpretieren mussten - weil es ihrer Vorstellung vom Wesen der Demokratie widersprach -, muss sich niemand wundern, dass aus dieser Fehldeutung ganze „Feindbilder“ entstanden, die im Grunde auch nicht so gemeint waren. Für den lernfähigen Staatsmann erweist sich die gut gemeinte Faschismusdiagnose von damals also im Nachhinein als optische Täuschung: Was für eine Verstrickung! - Das mit der „NS-Kontinuität“ gibt der Sache dann auch noch eine zweite, andere Note. An dieser irgendwie durchaus verantwortungsbewussten Problemstellung merkt man doch, dass ein Politiker, selbst wenn auch er vor zeitbedingten Irrtümern nicht gefeit ist, nie und nimmer ein bloßes Produkt einer aufgeheizten Zeit darstellt. Das würde ja, bei aller Tauglichkeit zur nachträglichen Rechtfertigung, den Modellcharakter von Fischers Aufstieg für mindestens eine ganze „Generation“ herabwürdigen. Die Ergänzung, dass der Jungrebell damals wie heute natür-

lich immerzu mit den besten Absichten unterwegs war, darf also nicht fehlen: Schon immer *gegen das Unrecht dieser Welt* eingestellt, wollte er nicht werden wie seine „Elterngeneration“ mit ihrem „Wegducken“ vor den NS-Greueln, weshalb ihm zu dem Zeitpanorama

„*Vietnam, Notstandsgesetze, der Mordanschlag auf Rudi Dutschke*“ gar nichts anderes einfallen konnte als der erwähnte „*Kontinuitätsverdacht zwischen NS-Staat und Bundesrepublik*“

und damit der Einstieg in seine, Joseph Fischers, historische Mission. Die Feindbilder von damals mögen ja dank gegenseitiger Aufschaukelei etwas übertrieben gewesen sein -

man wollte „*ganz praktisch den Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung... so verrückt das heute klingen mag*“ -,

im Kern ging es den Straßenkämpfern aber darum, die Demokratie in die richtigen Hände zu bekommen, damit sie in den falschen nicht pervertiert werde. Im Auftrag des Guten und der Guten im Volk, denen der Staat mehr ist als eine bloße Obrigkeit - nämlich ein Instrument, den Rest der Menschheit zu bessern: das Leitbild *aller* Politiker -, ließ man sich also von „Konfrontationen“ mitreißen, die im historischen Rückblick geradezu die Züge einer griechischen Tragödie annehmen. Moralisch unausweichlich, führten sie dennoch zu einer Entzweigung in Staat und Volk, die eigentlich von keiner Seite beabsichtigt war.

Deshalb darf die Seite des letztendlich überflüssigen Irrtums nicht übertrieben werden. Sonst käme dem biographischen Telos des Außenministers ja der dritte Grundstein des politischen Lebenslaufs abhanden, der die leidige *Gewaltfrage* im Sinne eines unverbrüchlichen Moralisten beantwortet und die heutigen Kritiker als abgebrühte Taktiker blamieren soll. Ein Fischer, der sich zur Militanz von gestern bekennt, verzichtet doch nicht darauf, seine heutige Einstellung zu diesem, für jeden wahren Staatsmann konstitutiven Thema als Ergebnis eines persönlichen Lernprozesses darzulegen und damit zu beweisen, dass er den Zusammenhang von Staat, Gewalt und Moral *viel gründlicher* ernst nimmt als die „Lämmerchwänzchen“ von Union und FDP. Also von wegen, man müsste ihm gerade auf diesem Feld ans Bein pinkeln! In eigenen Worten:

„*Ich akzeptiere, gerade aufgrund meiner eigenen Erfahrungen, Gewalt nur noch als äußerste Ultima Ratio - wo es um das Leben und die Freiheit geht und andere Mittel nicht mehr helfen. Ansonsten ist Gewalt extrem gefährlich, und ich lehne sie ab.*“

Hier spricht endlich wieder der Kosovo-Krieger, der „Ultima Ratio“ sogar steigern kann und allen Ernstes aus Erfahrungen gelernt haben will, dass die Bombardierung von Städten nebst Verwüstung ganzer Landstriche in Ordnung geht, weil allerletztes Mittel für „Leben und Freiheit“ (fragt sich nur, wessen), die „extrem gefährliche“ Gewalt dagegen dort angesiedelt ist, wo studentische „Putzgruppen“ ihre Stellvertreterschlachten mit Polizisten austragen. Diese gemütliche Geistes-

haltung lernt man eigentlich nicht. Man hat sie, und woher, spricht der rückblickende Minister auch freimütig aus. Einerseits zum fünfzigsten Mal aus der „NS-Geschichte“, die „gelehrt“ hat, dass man staatliche Bösewichter mit überlegener Gewalt wegputzen muss, weil die braven Bürger mehr oder weniger zum Opportunismus neigen. Andererseits ist das auch nur dann schlüssig, wenn man sich die heutige Staatsmacht unbedingt mit einem guten, letztlich sogar „oppositionellen“ Grund zurechtlegen will:

*„Es gibt manchmal sehr gute Gründe, sich zu wehren. Deswegen bin ich auch nie Pazifist gewesen und werde es nie werden, weil ich den letzten Grund, für seine Freiheit und für sein Leben zu kämpfen, nie ausschließe. Aber in dem Moment, in dem Sie zuschlagen, beginnt ein Mechanismus zu wirken, wo man Macht spürt, und das ist verführerisch, vor allem bei jungen Männern. Ich habe daraus für mich eine Lehre gezogen. Für Gewaltanwendung braucht es institutionelle Barrieren, demokratische Kontrolle, sie muss begrenzt sein auf ein staatliches Gewaltmonopol. Und Sie brauchen in sich auch eine moralische Barriere. Sonst kommt es zu dem Verbrechen des linksradikalen Terrorismus, der die Politik ‚Der Zweck heiligt die Mittel‘ verfolgt.“*

Eine schöne Aufarbeitung der ministeriellen Vita, die dem Geschichtsbild der Fischer-Gegner besser recht gibt, als es der Springerpresse in ihrer Blütezeit je geglaubt wurde: Bloß weil *der Staat* in den Studentenprotesten nichts als eine Herausforderung seiner Gewalt sehen wollte, erspart sich auch der heutige Minister jede Erinnerung daran, *worum* es in den damaligen Auseinandersetzungen gegangen ist, hält Steinewerfen für die Vorstufe des Terrorismus - mit dem Argument des „verführerischen Machtgefühls“, das Leuten wie ihm offenbar sauplausibel ist - und landet schließlich bei der uralten Staatsableitung, wonach es ein *Gewaltmonopol* ausgerechnet zur *Verhinderung von Gewalt* braucht. Im Weltbild eines Demokraten heiligt die Methode der „demokratischen Kontrolle“ eben jeden Staatszweck; der so legitimierte Zweck heiligt dann alle Mittel, die jedem anderen als moralische Todsünde vorgehalten werden; und das autobiographische Bekenntnis dazu macht aus einer gerade umstrittenen Politikerkarriere einen echt glaubwürdigen staatsbürgerlichen Bildungsroman.

### **3. Aufarbeitung, zweite Etage: Eine Republik bewältigt ihre Nachkriegsgeschichte**

Die fachliche Eignung des Führungspersonals und seine moralischen Maßstäbe gehören zu den Problemkreisen, die in der Öffentlichkeit Anklang finden. Während sonst jede politische Streitfrage auf dieses unterhaltsame Niveau heruntergebracht wird, liegt in Sachen Fischer/Trittin sogar der Ausnahmefall vor, dass von vornherein gar nichts anderes auf dem Tapet ist. Freie Bahn also für Meisterleistungen der Einordnungskunst, die ungetrübt von der politischen Wirklichkeit ihren Ausgangspunkt ausschließlich in den unterschiedlichen *Bildern* haben, die die

Leitartikler sich vom Zustand und Fortschritt der Demokratie zu machen belieben. Der ist in erster Linie ein geistiger und mit der Frage am besten charakterisiert, was eigentlich der „Sinn“ der jüngeren BRD-Geschichte ist.

Dem Frankfurter Weltblatt, hinter dem immer ein kluger Kopf steckt, missfällt an Fischer deshalb nicht nur, was er seinerzeit in der Sponti-Szene getrieben hat. Richtig giftig wird die FAZ beim Verdacht, hinter seiner Rechtfertigungsstrategie stecke auch noch der Versuch, ihr und allen Rechten im Land eine ganz ungehörige Geschichtsinterpretation überzustülpen. Wenn dieser Minister sich bemüht,

*„seiner frühen politischen Geschichte einen Sinn, vielleicht gar eine volkspädagogische Bedeutung abzutrotzen“* (FAZ, 5.1.),

dann muss die „Zeitung für Deutschland“ energisch darauf hinweisen, dass das ewige Demonstrieren weder damals einen Sinn machte noch verdient, nachträglich einen zugeschrieben zu bekommen. Wenn hier was eine volkspädagogische Bedeutung hat, dann die mannhafte Haltung der Republik, die ihre demonstrierenden Spinner in die Schranken wies und ihnen auf diese elegante Weise ihre Überlegenheit nahebrachte:

*„Die Republik ist geworden, was sie ist, weil sie diesen Ansturm der neuen Barbaren überlebte und weil es ihr gelang, die Stürmer von der Überlegenheit der bürgerlichen Gesellschaft und der repräsentativen Demokratie zu überzeugen.“* (ebd.)

Dass das schönste Lob der BRD-Demokratie darin bestehen soll, dass es *noch nie* etwas an ihr zu kritisieren gab, gefällt wiederum den Pressekollegen aus dem liberalen Eck nicht so gut. Sie sind Anhänger einer „lebendigen Demokratie“, finden sie *erst heute* über jeden Zweifel erhaben und gelangen über die komplizierte Vorstellung, welche grandiosen „Integrationsleistungen“ der „verkrustete“ Staat in den 70ern zuwege gebracht habe, zu erstaunlichen Gedankenspielen:

*„Gerade die Verfechter eines starken Staats sollten stolz auf die Integrationskraft dieses Staates sein. ... Man kann die Frage stellen, was passiert wäre, wenn der Staat frühzeitig die Weichen anders gestellt hätte, wenn er De-Eskalation nicht erst qualvoll hätte lernen müssen. Vielleicht hätte es eine RAF nicht gegeben, vielleicht wäre Ulrike Meinhof heute Familienministerin.“* (SZ, 5.1.)

Aber mindestens! Wenn man die Tatsache, dass von Opposition gegen „diesen Staat“ nicht (mehr) viel zu sehen ist, für einen Grund zum Glückwunsch hält - ohne die Frage, ob es Anlässe zur Kritik gibt, überhaupt zu berühren -, und das noch dahingehend verallgemeinert, dass Ausmaß wie Form der Opposition ihren letzten Grund im mehr oder weniger geschickten *staatlichen Umgang mit ihr* haben, dann wird wirklich alles denkbar.

Solchen wohlmeinenden Interpreten ist schon die Vorstellung, dass es in einer Klasse-Demokratie wie der BRD irgendwann einmal eine wirkliche „Systemopposition“ gegeben haben könnte, fremd genug. Wenn die jungen Leute von damals heute überwiegend „vernünftig“ geworden sind, kommt ihnen das ungefähr

so vor wie der lebensgeschichtliche Abschied vom Glauben an Weihnachtsmann und Klapperstorch. Die Betrachtung mündet daher nicht ohne innere Logik bei so hübschen Gedanken wie dem, dass ein bisschen wohldosierte Aufmüpfigkeit noch niemandem geschadet hat und eher zur Farbigkeit der Republik beiträgt, die sie so wohlthuend von dem bekannten Einheitsgrau anderswo und seinerzeit abhebt:

*„In der deutschen Republik gibt es genug Leute, die ihre Karriere vom Tag ihres Eintritts in die Schülerunion systematisch vorangetrieben haben. Da tut es dem Gemeinwesen ganz bestimmt gut, wenn es andere gibt, ... die im Protest gegen das konservativ-kleinbürgerliche Elternhaus erst militant-linksradikal werden und sich später wieder mit großer Mühe von ihren Illusionen verabschieden.“* (H. Riehl-Heise, SZ 11.1.).

Nachdem auch die Seite, was für „Anstöße“ die 68er nicht alle gegeben haben, um die Republik zu einem so unumstrittenen Gesamtkunstwerk wie heute zu machen, im Blätterwald des öfteren aufgeschlagen wird, legen die Anhänger der genuin moralischen Staatsgewalt einen Zahn zu. Im Grunde genommen sind Staatsgegner „moralische Rigoristen“, die ihre Maßstäbe noch über die jeweils gültigen stellen; und solche Scharfrichter sind, auch und gerade wenn sie „geläutert“ daherkommen, die eigentlichen Urheber der *Unmoral* in der Gesellschaft:

*„Die Achtundsechziger haben die Gesellschaft in einer Weise polarisiert, die tiefe Spuren hinterlassen hat. Sie spielten sich zu Scharfrichtern über ihre Väter auf und fällten moralische Urteile, ohne sich selbst an Moral und Sittlichkeit gebunden zu fühlen. ... Der Gewalt hat Fischer abgeschworen - nicht aber jenem moralischen Rigorismus, mit dem er damals ‚das System‘ bekämpfte und heute politische Gegner in die rechte Ecke stellt.“* (FAZ 16.1.) *„Es ist wahr, dass diese ‚Freiheitsrevolte‘ (Fischer) von Beginn auch einen intoleranten Zug hatte. Wer an ihr teilhatte und das weiß, kann nicht zufrieden zurückblicken.“* (FAZ 17.1.)

Da muss die FAZ wirklich in aller Toleranz daran erinnern, dass „dem System“ neben dem fraglosen Gewaltmonopol selbstverständlich auch das Moralmonopol zusteht und nichts schlimmer ist als Rigorismus bei Figuren, die eigentlich selbst in irgend so eine „Ecke“ gestellt gehören.

Und überhaupt. Die „höhere Legitimation“, die sich die linken Obermoralos fortwährend anmaßen, obwohl sie dazu gar nicht legitimiert sind, lenkt doch nur von der wahren Dimension der geistigen Schande ab, die sich dem wiederholten Rückblick erschließt. Wer einmal - mit welchem Anliegen auch immer - bei einer Gegnerschaft zum staatlichen Gemeinwesen erwischt worden ist, das nun einmal sämtliche guten Gründe für sich gepachtet hat und eifersüchtig über seinen Besitzstand an Höchstwerten wacht, der *hat sich* ein- für allemal *disqualifiziert* und soll abtreten, statt die echt Anständigen im Land durch seine verharmlosenden Geschichtsklitterungen noch extra zu beleidigen. Sonst ist nicht auszudenken, was geschieht!

*„Man stelle sich nur einmal vor, ein glatzköpfiger Schläger aus Guben wäre irgendwann in dreißig Jahren erfolgreicher Innenminister von Brandenburg und würde ähnlich flapsig, ähnlich achselzuckend über seine wilden Jahre reden. Ein Sturm der Entrüstung ginge zurecht durch unser Land. Der grüne Außenminister aber kann sich heute hinstellen und unter dem Beifall vieler Verharmloser und befreundeter Exkulpateure über seine Jugendstreiche grinsen. Dabei ist es nicht nur das Ausmaß und auch nicht der Zynismus gegenüber all jenen, die auf der Strecke blieben. Fischer bricht mit einem Grundgesetz unserer Nachkriegsrepublik: dass sich Vergangenheit eben nicht ablegen lässt wie ein alter Hut.“ (Die Welt, 9.1.) „Wird Fischer verziehen, dürfte es künftig schwer fallen, noch irgendjemandem aus seiner Vergangenheit Vorhaltungen zu machen, übrigens auch nicht in zwanzig Jahren, wenn der erste geläuterte Rechtsradikale politische Verantwortung übernehmen möchte.“ (Die Welt, 13.1.)*

Mit solchen Tiraden drehen die Aufpasser über die richtige Geschichtspflege endgültig durch. Man möchte ja gar nicht wissen, wie viel geläuterte Rechtsradikale bei Bildzeitung und „Welt“ daran mitwirken, jeden Anflug von auch nur *ideeller* Infragestellung des besten Deutschlands, das es je gab, aufzuspüren und an den Pranger zu stellen. Beim Auswalzen der rotgrünen Erbsünde handelt es sich jedenfalls um einen typischen Fall der Übernahme politischer Verantwortung. Getreu dem altbewährten „Grundgesetz unserer Nachkriegsrepublik“ werden zwischen politischen Aktionen und Verhaltensweisen, die miteinander nichts gemein haben, Vergleiche angestellt, deren Qualität als Sockenauszieher beabsichtigt ist - *„Es geht dabei nicht um die Gleichsetzung der Taten. Denn das wäre absurd. Es geht aber sehr wohl um die Vergleichbarkeit der Verantwortung.“* (Die Welt, 9.1.) -, weshalb sich umso zwangloser Judenverfolgung, Stasi-Schnüffelei, das Umnieten von Ausländern und das von jeder Demonstration bekannte Einkesseln und Verprügeln von Polizisten in eine Reihe stellen lassen:

*„Über Gräber vorwärts“ (!!) hieß die grauenhafte Parole, mit der man zweimal im letzten Jahrhundert, 1945 wie 1989, glaubte zur Tagesordnung übergehen zu können, und jedes Mal dominierten die Zwänge des täglichen Lebens. Noch nicht einmal die können die militanten Straßenkämpfer und Revolutionsschwadroniere nach 1968 für sich in Anspruch nehmen. Auch ihnen war ein Menschenleben, wenn es auf der anderen Seite der Barrikade stand, am Ende nicht mehr viel wert, schon gar nicht, wenn es in einer Polizeiform steckte.“ (ebd.)*

Die „Vergleichbarkeit der Verantwortung“, die diese ebenso unglaubliche wie unglaubwürdige Gedankenfigur belegen soll, besteht nur in dem auf die Spitze getriebenen Absolutheitsanspruch der heutigen Demokratie, die nicht nur als Herrschaft anerkannt, sondern auch und gerade gesinnungsmäßig als Endziel aller bisherigen Geschichte gewürdigt werden will. Da spielt es keine Rolle, ob die Judenvernichtung jetzt ein Verstoß gegen das staatliche Gewaltmonopol gewesen ist, die Stasi ein Instrument zur Aufwiegelung gegen die Polizei, ausländerfeindli-

che Neonazis Demonstranten neuer Art oder die „Straßenkämpfer“ Anno 68 womöglich verkappte Völkermörder: Worauf es ankommt, ist einzig und allein die Bekundung des Abscheus über eine Geisteshaltung, die der - erfolgreichen - Herrschaft nicht von vornherein und historisch zurückschauend auch das *höhere Recht gibt*, das sie erwarten kann.

Da das *praktisch* auch wieder nichts anderes heißt - wie schon 1945 und 1989 - als diese vor Respekt vor jedem Menschenleben nur so strotzende „Bewältigung“ der Vergangenheit eben als Entscheidungshilfe bei der Frage in Anwendung zu bringen, wer in der höchstlegitimierten Nation Beamter oder gar Minister werden darf, können die Teilnehmer dieser Debatte ihre bescheidenen Alternativen ganz gut unter sich selbst ausmachen. Für jemanden, der an den Erfolgen wie Misserfolgen der Republik sowieso nichts Positives entdecken kann, weshalb ihm der tiefere Sinn der genehmigten oder verweigerten Zulassung zur höheren Beamtenlaufbahn eigentlich ziemlich egal ist, stellen sich andere Fragen. Und die werden trotz wochenlangen Antippens in Boulevardblättern, Talkshows und Feuilletons nicht beantwortet: Worin bestanden denn die Ziele und Erfolge der Studentenbewegung?

Wer dies jenseits von biographischen Rückblicken und rechthaberischen Schönfärbereien wissen will, kann dies in einem 13 Jahre alten MSZ-Artikel nachlesen, dem wir nach wie vor nichts hinzuzufügen haben: **MSZ - Gegen die Kosten der Freiheit**, Nr. 6 und 7/8 1988: "Die Studentenbewegung - eine Abrechnung mit den Jubiläumslügen".<sup>2</sup>

1 Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahresschrift, H. 1/2001, S. 157 ff.

Der GEGENSTANDPUNKT ist erhältlich in folgenden Buchhandlungen:

Erlangen:

Ex libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen  
Palm & Enke, Schlosspl. 1, 91054 Erlangen

Nürnberg:

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg  
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg  
Gondrom, Breite Gasse 45, 90402 Nürnberg  
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg  
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

2 Die Artikel befinden sich auf der MSZ-CD-ROM, erhältlich im

GEGENSTANDPUNKT-Verlag,

Türkenstr. 57

80799 München

Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05

E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

oder sind im Internet abrufbar:

[www.gegenstandpunkt.com/msz/88/88\\_6/studbew1.htm](http://www.gegenstandpunkt.com/msz/88/88_6/studbew1.htm)

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Die Studie "Armut und Ungleichheit in Deutschland" hat's herausgefunden  
**"Armutsrisiko" Kind** <sup>1</sup>

Armut wird im "Wohlstandsland Deutschland" mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung aufgespürt und vermessen. Und tatsächlich, die Wissenschaft beweist, es gibt sie - und zwar grundsätzlich als einen Ausnahmetatbestand: Ganz spezielle Gruppen in speziellen Lagen sind von selbst wieder sehr unterschiedlichen "Armutsrisiken" betroffen, die in ihrer Summe dann doch keine so ganz kleine Zahl ergeben. "9,1% der Bevölkerung oder rund jeder elfte Bundesbürger im gesamten Bundesgebiet 1998 leben in Einkommensarmut", d.h. "unter der Armutsschwelle von 50% des durchschnittlich verfügbaren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens".

Die meiste Armut kommt vom Reichtum an den lieben Kleinen.

*"Kinder sind in der Bundesrepublik ein, wenn nicht das Armutsrisiko. Daran werden die jüngsten Entscheidungen der rot-grünen Regierung – Steuerreform und Anhebung des Kindergeldes - grundsätzlich nur wenig ändern."* (SZ, 5.10.)  
*"Unsere Untersuchungen bestätigen die These, dass die Armut in der Bundesrepublik vor allem eine Armut von Familienhaushalten ist."* *"Mehrere Kinder zu versorgen wird deshalb zu einem Einkommensproblem, weil der Einkommensbedarf steigt, aber wegen der Kindererziehung eine Vollzeitberufstätigkeit beider Elternteile nur schwer möglich ist."*

Eine ziemlich freche Verdrehung von Ursache und Wirkung! Wer weiß denn nicht, dass Kinder an und für sich keineswegs die Armut ihrer Eltern verursachen? Der Arzt- und Unternehmerhaushalt kann durchaus einen Haufen Kinder vertragen, ohne dass gleich Schmalhans Küchenmeister wird. Aber eine Ursache im eigentlichen Sinn hat die vorsichtige Studie auch nicht behauptet: Sie spricht von einem "Armutsrisiko", einem Faktor aus einem vielfältigen Umkreis von Umständen, die erst zusammen aus der Möglichkeit wirkliche "Armutsbetroffenheit" machen. Wobei sie von einer nicht ganz unwesentlichen Randbedingung kein weiteres Aufheben machen: Sie unterstellen den normalen Lohn normaler Lohnempfänger und teilen über dieses Einkommen unter der Hand mit, dass man sich von ihm keine Familie leisten kann; bzw. dass gleich ins außergewöhnliche Elend abrutscht, wer dies unvorsichtigerweise doch tut. Ja, wenn die Mutter auch eine Vollerwerbstätigkeit ausüben könnte, wäre die Familie nicht arm; die kann aber wegen der Kinder nicht: Armutsursache Kind! Über die 'Randbedingung' Lohn, den eine Vollzeitarbeitskraft verdient, kommt so viel heraus, dass er für kaum mehr reicht als für den Unterhalt der einen Person, die ihn verdient.

Und noch eine Randbedingung muss hinzukommen, damit unter den Kinderreichen Armut ausbricht: *"durch den bestehenden Kinderlastenausgleich werden diese zusätzlichen Lasten für Haushalte mit Niedrigeinkommen nicht ausreichend*

*kompensiert*". Es bräuchte diese Armut nicht zu geben, wenn der Staat sie besser ausgleichen würde! Unzureichende Hilfen für die Armen rangieren neben allen anderen Risiken auch noch als ein Grund für die Entstehung der Armut.

In unserem Land muss, so viel lernen wir, schon eine Menge unglücklicher Umstände zusammenkommen, ehe einer arm wird: Erst zu viele Kinder + zu wenig Erwerbstätige in der Familie + zu geringe staatliche Familienhilfen ergeben die Ausnahmesituation, die nicht sein sollte.

Natürlich verschließen die Armutsforscher ihre Augen auch nicht vor der Tatsache, dass manche Eltern einfach zu wenig verdienen, um sich und ihre Kinder zu ernähren. Aber solche Fälle gehören wieder in andere Armutskategorien: "*Erwerbslosigkeit*" z.B. ist ein bedeutendes "Armutrisiko", und dann gibt es noch den extremen Sonderfall einer "*Armut trotz Erwerbstätigkeit (working poor)*", den die Studie wie einen Widerspruch behandelt, den es eigentlich gar nicht geben kann: Armut durch Erwerb.

Denn so viel halten die Armutsforschung eisern fest: Normale Lohneinkommen sind das Gegenteil von Armut. Ohne Kinder, mit einem Lebenspartner, der seinen Unterhalt selbst verdient, und sofern keine sonstigen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter zuschlagen, ist der Lohn, den das Kapital bezahlt, eine prima Erwerbsquelle. Es ist diesen Forschern gar nicht unbekannt, dass alle ihre Sonderformen von Armut auf der allgemeinen Armut der Arbeiterklasse und der Unsicherheit ihres Einkommens gründen; sie wissen ganz gut, aus welchem Kollektiv sich ihr Forschungsobjekt rekrutiert. Aber sie sind entschlossen, die Sache umgekehrt zu sehen: Sie machen die normalen, ja notwendigen Umstände der Lohnarbeitereexistenz für lauter Sonderformen von Armut verantwortlich, um das Allgemeine ihres Themas zu dementieren – die Sache mit den Klassen.

1 Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahresschrift, H. 4/2000, S. 20f

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### **Philosophische Fragen, die keine sind**

1. Was kann ich wissen ?
2. Was soll ich tun ?
3. Was darf ich hoffen ?

lauten in der klassischen Formulierung KANTs die "Grundfragen der Philosophie". Dass die Antworten strittig blieben, macht gar nichts. Denn die Fragen selbst sind eindeutige Antworten, auf die der Philosoph nichts kommen lässt. Unter der Bescheidenheitsparole "Erkenne Dich selbst!" und reichlichem Gebrauch von Modalverben weist der "dem Menschen" sein Plätzchen im "Weltganzen" zu: Keine "Frage", die nicht einen Gesichtspunkt ideeller Ein- und Unterordnung formulierte. "Unser Wissen"? Begrenzt. Soll der Mensch ja nicht glauben, er würde sich auf der Welt auskennen. "Die Praxis"? Ohne Ge- und Verbote undenkbar. Die

Religion? Kein untertäniger Aberglaube, sondern humanes Grundbedürfnis. Die Philosophie möchte auch diesen Wahn "innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" sehen. Ausgerechnet *im Glauben* an die demütigen Sinndeutungen, mit denen sich moderne Untertanen in ihrer staatlichen "Heimat" einhausen, wird dieses Fach *rationalistisch*. Muss das alles nicht überhaupt, könnte es nicht noch besser, noch grundsätzlicher *begründet* werden?

Dieses antimaterialistische Programm mutet dem Verstand einiges zu.

## 1. Was kann ich wissen?

1. Wer etwas wissen möchte, stellt sich diese Frage sicher nicht. Er hat ja einen bestimmten Gegenstand vor sich, den er erklären will. Dazu muss er sich mit dessen Bestimmungen beschäftigen und mit nichts sonst. Wissen stellt sich ein als Resultat dieser Beschäftigung. Ist das geschehen, braucht man sich auch nicht mehr nach seiner Möglichkeit zu fragen. Und ob es wirklich Wissen ist, wird man nur herausfinden, wenn man die Schritte, die dorthin geführt haben - die bestimmten Gedanken - nachvollziehend prüft.

Der Philosoph geht die Sache viel prinzipieller an. Er stellt sich die Frage, ob nicht ein Fehler vorliegen könnte, der seinen Grund nicht darin hat, dass jemand *falsch* gedacht, sondern dass er überhaupt *gedacht* hat, setzt also die eigentümliche Vorstellung eines Fehlers in die Welt, der sich gar nicht denkend vermeiden, nämlich als Fehler erkennen und korrigieren lässt. Diese Art "Fehler" grenzt sich gar nicht als unkorrektes Folgern vom Schluss ab, dem Notwendigkeit zukommt, nicht als mangelhafte Erklärung vom Abstrahieren, das das Wesentliche einer Sache benennt. Es wird schlicht der bodenlose *Verdacht* aufgebracht, das Denken sei für seinen eigenen Zweck - Wahres über seine Gegenstände zu vermelden - nicht recht tauglich. Es gebe da womöglich etwas, was prinzipiell jenseits seines Horizonts liegt. Ausgerechnet darum will der Philosoph, den nichts heißer macht, als was er *nicht* weiß, sich kümmern: Die Idee des schlechthin Unzugänglichen, die es überhaupt nur als grundloses Misstrauen gegen das Denken überhaupt geben kann, soll allen Ernstes den Auftakt zu einem *Forschungsprogramm* abgeben.

2. "*Ist das Wissbare wissbar und wenn nicht, woher können wir das wissen?*" (Woody Allen)

Der Unterschied zwischen dem, was man wissen kann, und dem, was man nicht wissen kann, ist nicht zu haben. Was man nicht wissen kann, kann man eben nicht wissen. Der Philosoph freilich hält die Beschäftigung mit dem, was man nicht wissen kann, nicht für einen Widerspruch, sondern für eine *Schwierigkeit*, die nicht leicht zu bewältigen ist. Wie ist das Wissbare vom nicht Wissbaren abzugrenzen? Dafür müsste er in den Bereich vordringen, von dem er überzeugt ist, dass er der Erkenntnis nicht zugänglich ist. Um zu behaupten, *dass* da etwas ist, was sich nicht erkennen lässt, müsste er schon angeben können, was es ist und worin die Differenz unserer Erkenntnis zu diesem Etwas besteht. Er müsste also

das Nichtwissbare wissen - das Phantasieren hat deswegen durchaus seinen Platz in der philosophischen Wissenschaft -, um ein für alle Mal sagen zu können, was zur Erkenntnis zählt und was nicht. Deshalb *weiß* zwar auch kein Philosoph etwas von "Grenzen des Wissens", aber *ausdenken* kann er sich solche "Grenzen" schon. Und ist es nicht ein gutes Argument gegen die Möglichkeit von Wissen, dass der Philosoph sich die Möglichkeit einer solchen Grenze ausdenken kann?

3. Wie *vernichtend* das Urteil über das Wissen ist, das seine skeptische Frage lanciert, mag der Philosoph dabei gar nicht einsehen. Sonst würde er nämlich auf Abbruch aller wissenschaftlichen Bemühungen plädieren, statt auf Ergänzung durch philosophischen Tiefsinn. Demgegenüber geht das Vorhaben der Grenzziehung durchaus von einer *bedingten Tauglichkeit* des Denkens aus. Aber was soll das sein? Es ist ja keineswegs so, dass man sich zwischen "richtig" und "falsch" locker etwas Mittleres denken könnte. Doch eben darauf hat es das erkenntnistheoretische Raisonement abgesehen, wenn es dem Denken *Instrumentcharakter* attestiert.

Nicht der wirkliche Gedanke soll geprüft werden, sondern seine Möglichkeit, die subjektiven Voraussetzungen des Denkens *vor* ihrer "Anwendung" auf Gegenstände. Damit wird das Denken von seinem gegenständlichen Bezug, seiner Objektivität, erst einmal getrennt. Im zweiten Schritt wird dann wieder gefragt, zu welchen Gegenständen es wie passen könnte. Man stelle sich also vor, alles Gedankliche am Gedanken liege fix und fertig vor, bevor er sich auf seinen Gegenstand richtet. Dann heißt Denken, ein *nur* subjektives, sachfremdes Gedankeninventar an die Gegenstände herantragen, also die Sache *bearbeiten, verändern*, so dass nicht mehr objektives Wissen, sondern nur noch eine *Entstellung*, ein subjektives Bild der Sache herauskommt. *Jedes* Urteil gilt als Vorurteil. "Im Kopf" hat man die Sache nur verfremdet durch die eigene subjektive Zutat. Die Sache *ohne* Zutat - das wäre die Wahrheit. Aber die kriegt man leider nicht in den Kopf. So soll jeder Gedanke *etwas* vom Subjekt und *etwas* vom Gegenstand haben, ohne dass man doch die Beiträge der beiden "Erkenntnisquellen" zu trennen vermöchte. Dazu bräuchte man ja wieder objektives Wissen zum Vergleich...

Dann ist aber der ganze Prozess schlicht sinnlos und gar nicht hilfreich, wenn es darum geht, sich auf der Welt zu orientieren. Der Philosoph erinnert in diesem Zusammenhang gern an die Notwendigkeit des *praktischen* Zurechtkommens. Was ein unobjektiver Gedanke dazu beitragen könnte, bleibt sein Geheimnis.

4. Die Frage nach den Grenzen der Erkenntnis ist einmal gestellt worden, um die metaphysische Spekulation aus der Wissenschaft zu verbannen: Über Gott bringe der Geist nur widersprüchliche Gedanken zustande. *Da* liege eben seine "Grenze". Die Präntion von Wissenschaftlichkeit sei auf diesem Feld einfach nicht am Platz.

Auch nach dieser Seite taugt der Grenzgedanke nichts. Der Philosoph weigert sich einfach, dem religiösen Denken seine - bemerkten! - Widersprüche zum

Vorwurf zu machen. Lieber *trennt* er die Widersprüche von den gedachten Sachen - Gott, Unsterblichkeit und so Zeug -, um sie der Untauglichkeit des Denkens "in dieser Sphäre" anzulasten. So viel Respekt hat er vor den anpasslerischen Weltdeutungen der Religion, dass er lieber der Konsequenz des eigenen Denkens misstraut, als in dieser Sache einen definitiv abschlägigen Bescheid zu wagen. Der Glaube ist eben Glaube und "über alle Vernunft". Wo hat man das bloß schon einmal gehört?

Ein Erkenntnistheoretiker beabsichtigt eben keine Kritik falscher Gedanken. Im Gegenteil! Wo er auf eine solche Kritik trifft, weist er sie in die Schranken und nimmt ihr die Spitze.

## 2. Was soll ich tun?

Auch diese Frage setzt in aller Unschuld ein *Dogma* in die Welt, den aparten Gesichtspunkt nämlich, unter dem der praktischen Philosophie ihr Thema einzig interessant scheint. Es geht ihr nicht um die *Gründe*, die im wirklichen Tun und Lassen der Leute eine Rolle spielen - das wäre ja Wissenschaft: igitt! -, auch nicht um eine *Kritik*, die irgend jemandem Fehl kalkulationen vorrechnen würde, die für dessen Handeln konstitutiv sind - das wäre ja Materialismus: pfui! -, sondern um die Erkundigung nach letztgültigen *Maßstäben*, deren Vernachlässigung einem als Selbstwiderspruch der dritten Art anzukreiden wäre.

Dass man sich um das kümmert, was einem *nützlich* und *angenehm* ist, hält ein Philosoph keineswegs für eine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil - er kann nicht genug davor warnen. Denn das, was den Willen in seiner Freiheit erst so richtig ausmacht, soll den Philosophen zufolge ausgerechnet das sein, was ihm *entgegensteht* - ein *Sollen*, eine *Pflicht*. Sie fragen nämlich nach "Normen", denen "der Mensch" exklusiv und deswegen untersteht, *weil* er Mensch ist; einer Verpflichtung also, die ihren Grund gar nicht in einem entgegenstehenden mächtigen *Interesse*, sondern *im Verpflichteten selbst* hat.

Dies ist in mehrfacher Hinsicht widersinnig.

Dass sich der Mensch bei allem, was er treibt, die Frage vorlegt, ob es erlaubt oder ver- oder geboten ist, ist nämlich gar nicht so normal. Wenn er es tut, liegt das schon daran, dass seine Zwecke längst von einer anderen, *dem Willen übergeordneten Instanz*, einer überlegenen Gewalt also, einer zweiten Beurteilung unterworfen werden; daran also, dass er der staatlichen Rechtsordnung *subsumiert ist*. Der Philosoph kann sich praktische Erwägungen gleich nur noch unter den Kategorien der Gesetzgebung vorstellen. Allerdings traut er seiner Identifikation von Handeln mit rechtmäßigem Handeln dann selbst nicht so recht, sonst bräuchte er nicht ständig vor ungezügelter Materialismus zu warnen.

Gegen den hat er einen ebenso grundsätzlichen wie inhaltslosen Einwand: Ihm geht eben der Gesichtspunkt des Sollens, dieses ganz unbestimmten Höheren, dem sich alles Handeln in den Augen eines Philosophen zu unterstellen habe, ab. Dass

der Philosoph die Frage nach dem Sollen als Maßstab an alles Handeln anlegt - und der schnöde Materialist nicht -, ist schon die ganze Kritik. Zwar nimmt der Ethiker die Gründe, die die Leute für ihr Tun haben, gar nicht zur Kenntnis. Aber den Vorwurf, dass er sich eine noch viel prinzipiellere Begründetheit und Reflektiertheit vorstellen könnte, mag er ihnen doch nicht ersparen.

In der Welt des Philosophen steht alles auf dem Kopf. Hier wird ein Gesetz nicht *erlassen*, weil es dem Gesetzgeber *nützt*, seine Einhaltung nicht *erzwingen*, weil sie den Untertanen *schadet*; vielmehr soll die Suche nach dem *richtigen* Gesetz dadurch erst auf den Weg kommen, dass Fans eines sehr ideellen Untertanenverhältnisses in der abstrakten Vorstellung von *Verpflichtung überhaupt* ihr Herzensanliegen entdecken. Ganz als könnte man von einer Verpflichtung wissen, deren Grund und Inhalt einem gänzlich unbekannt sind!

Das Ideal, das so formuliert wird, ist das der *einsehbaren Pflicht*. Ein harter Widerspruch: Entweder, etwas leuchtet ein: Es gibt einen Grund dafür, und wegen dieses geprüften und für richtig befundenen Grundes will man es. Dann braucht man niemanden, der einen - auf den eigenen Zweck! - verpflichtet. Oder es verhält sich anders: Es muss einem abverlangt werden, einen Zweck zu verfolgen. Dann liegt darin auch das Eingeständnis, dass der Verpflichtete von sich aus keinen Grund dazu hat. Der Philosoph will beides gleichzeitig: "Das Vernünftige" soll einen bleibenden Gegensatz gegen das "Vernunftwesen" Mensch haben.

Eine recht untertänige Selbstinterpretation wird da verlangt: das Bekenntnis nämlich, ein inkonsequenter Dödel zu sein, der die eigenen Einsichten nicht festhalten kann. Sehr konsequent soll man sich als einen auffassen, der dauernd mit "unvernünftigen" Regungen, Neigungen, Trieben oder gar "Wollungen" zu kämpfen hat und dem deshalb die eigene Vernunft zur mahnenden Instanz wird. "Den Menschen" kennt der Philosoph als eine Witzfigur, die schrecklich gern brav sein will - und sich selbst dabei immer im Weg ist. Die Konstruktion eines gespaltenen Wesens "zwischen Engel und Affe" (!), aus dem Unsinnsgedanken der einsehbaren Pflicht geboren, soll diesen dann umgekehrt begründen!

Als Beleg führt der Philosoph "langfristige Interessen" an, die der Mensch, dieses schwache Wesen, über den "kurzfristigen" immer vernachlässige. Das legt zwar eher den Verdacht nahe, dass von einer Fiktion die Rede ist - ausgerechnet das Wichtigste soll immer vergessen werden! -, aber ein Ethiker legt eben manchmal Wert auf die Feststellung, dass Pflichten nichts als hilfreich und *nützlich* sind. Und für diesen Nachweis ist ihm dann die Behauptung nicht zu blöde, dass man zum konsequenten Planen und Kalkulieren sage und schreibe eine Moral brauche.

Den Widerspruch dieses Ideals einer nützlichen Selbstbeschränkung bemerkt ein Philosoph schon wieder höchst eigenartig: Das Argumentieren mit dem Nutzen der Moral beleidigt den Gegenstand seiner Verehrung: Dass die Moral nur für den Materialismus gut ist, das kann und darf nicht sein! Wo bleibt denn da das

*Absolute?* Deshalb *ergänzt* er sein utilitaristisches Werben für die Moral um sein *Gegenteil*: Die Moral ist etwas an und für sich *Ehrfurchtgebietendes*. Einem wohl-erzogenen, gutgewaschenen Menschen braucht man das auch gar nicht zu sagen, weil ein anständiges Wesen einen *Sinn* für die hohen Werte hat. Diese schöne Tautologie passt wirklich gut zur Idee des unbedingten und unausweichlichen Sollens. Dafür lässt sie wieder das Argumentative schmerzlich vermissen ...

Und so treibt sich denn die Ethik in dem nicht auflösbaren Widerspruch herum, dass man für Werte nicht argumentieren kann, 1. weil jede Begründung deren Anspruch auf absolute Geltung relativiert - an den angeführten Gründen eben, relativ zu denen die Moral dann gerechtfertigt ist. 2. Weil jede Begründung der Absolutheit der Moral umgekehrt - jeden Anklang an Gründe vermeidend - nur in der tautologischen Versicherung dessen bestehen kann, dass es sich um etwas durch sich selbst Respekt gebietendes Absolutes handelt.

Ein Ende dieser Bemühungen, die auf den passenden *Ausdruck*, das angemessene *Bild* für den Gedanken gehen, der mit jener "Grundfrage der Philosophie" längst feststeht, ist nicht abzusehen. Schließlich sind die Ethiker fest davon überzeugt, erst kraft der von ihnen letztgültig zu definierenden Idee der Verpflichtetheit des Menschen lasse sich über den *Charakter* der Pflicht entscheiden. Ausgerechnet eine Abstraktion, die von allem Inhalt existenter Verbindlichkeiten von Recht und Moral absieht und nur noch die Form des Gebots selber übrigbehält, soll als Prinzip und Maßstab in der Frage dienen, was "dem" Menschen "berechtigterweise" abzuverlangen sei. Dass so alles und jedes gerechtfertigt werden kann, wusste schon HEGEL. Man verpasst nur jedem erdenklichen Zweck eine höhere Weihe, indem man ihm das Prädikat fraglosen Gebotenseins anpappt:

"Die Feigheit darf ... nicht so ungeschickt sein, nicht zu wissen, dass die Erhaltung des Lebens und der Möglichkeit, anderen nützlich zu sein, Pflichten sind, - nicht von der Pflichtmäßigkeit ihres Handelns überzeugt zu sein und nicht zu wissen, dass in dem Wissen das Pflichtmäßige besteht; sonst beginge sie die Ungeschicklichkeit, unmoralisch zu sein."

Ihre eigene Heuchelei ist der Moralphilosophie dabei so wenig ein Problem, dass sie sie unentwegt ausplaudert. Wohl legt man Wert auf den Schein selbständiger Prüfung von Recht und Moral im Lichte ethischer Letztbegründung. Doch die Resultate solcher Ableitungs- und Rechtfertigungsbemühungen misst man dann wieder umstandslos an dem, was eh gilt. Dass etwas "unserer moralischen Intuition" widerspricht, gilt der Ethik nämlich als vernichtendes Argument, weil nur die Übereinstimmung mit dem gesunden Volksempfinden die Objektivität ihres Prinzipiengefummels "beweist":

"Das ließe sich auch wohl schon im voraus vermuten, dass die Kenntnis dessen, was zu tun, mithin auch zu wissen jedem Menschen obliegt, auch jedes, selbst des gemeinsten Menschen Sache sein werde." (KANT, Grundlegung)

Fresst Scheiße, Millionen Fliegen können nicht irren! Das kommt heraus, wenn Philosophen “Begründung” schreien, Rechtfertigung meinen, und deswegen wild entschlossen sind, “nichts unhinterfragt gelten zu lassen”.

### 3. Was darf ich hoffen?

Moderner ist es, die Frage nach dem *Sinn* zu stellen.

Der Gedanke, eine Sache oder die Welt überhaupt müssten einen Sinn haben, ist keine Erfindung von Philosophen. Der bürgerliche Mensch, der sich z.B. eine sinnvolle Arbeit wünscht, ist mit seinen Lebensumständen unzufrieden, kümmert sich aber nicht darum, warum sein Interesse nicht zum Zuge kommt, sondern will seine Unzufriedenheit bewältigen. Ausgangspunkt der Frage nach einem Sinn ist immer der Zustand, der mir *nicht recht* ist. Wäre etwa die Arbeit bestimmt durch und bemessen an den Interessen derer, die arbeiten, würde die Frage erst gar nicht aufkommen. Dann wäre nämlich klar, wofür und warum man arbeitet. Die Frage nach dem Sinn dagegen unterstellt die Erfahrung, beim Arbeiten fremden Zwecken, die mit dem eigenen Wohlergehen unvereinbar sind, zu gehorchen, - und will diesen Tatbestand andererseits gerade nicht zur Kenntnis nehmen. Sie will vielmehr wissen, ob es nicht einen *übergeordneten Gesichtspunkt* gibt, der diese schädliche Angelegenheit in einem für mich *akzeptablen Licht* erscheinen lässt. Arbeite ich für das Wohl des Vaterlandes, um ein gottgefälliges Leben zu führen oder einfach, um “mich zu verwirklichen”, ja dann verstehe ich die Verhältnisse, in denen ich lebe, um zu arbeiten.

Philosophen greifen die Sinnfrage auf und stellen sie generell als Frage nach dem Sinn des Lebens oder der Welt überhaupt. Dabei betonen sie jedoch zu allererst, dass sie sich nicht anmaßen möchten, darauf eine Antwort zu geben. Denn es scheint ihnen sehr fraglich, ob der menschliche Verstand dazu taugt, in die tiefsten Geheimnisse / letzten Wahrheiten vorzudringen. Mit der größten Selbstverständlichkeit qualifizieren sie alles, was das Nachdenken in dieser Frage zuwege bringen könnte, von vornherein ab. Aber sie lassen es auch nicht.

KANT sieht die Sache so: “Wenn ich nun tue, was ich soll, was darf ich alsdann hoffen?” Lohnt sich die Tugend, wo sie sich doch nicht lohnt? Statt zuzugeben, dass Moral, weil nicht lohnend, keine gute Sache ist, stellt er sich lieber eine Belohnung im Himmel vor. Hoffen kann er natürlich alles. Aber für sein Wunschdenken auch noch einen Grund, zumindest einen objektiven Anhaltspunkt haben zu wollen, das ist schon etwas viel verlangt.

Die religiöse Idee eines Himmelreichs, das den Menschen für alle erduldeten Unbill im Leben entschädigt, ist dem modernen Philosophen nicht ganz recht. Das hört sich für ihn noch zu materialistisch an. Sinn ist doch nicht der Trost, den sich brave Menschen so zurechtlegen; nicht etwas, das sich kleinlichen Berechnungen verdankt. Sinn ist doch objektiv, das Wesen der Welt. Dieses Wesen liegt nun nicht

in den Dingen, die wir kennen - wäre auch seltsam, es kann ja nicht alles mögliche Verschiedene das gleiche Wesen haben -, nein, da muss man schon tiefer hinter die Dinge blicken, um es zu entdecken. Aber was soll sich hinter der Realität finden? Höchstens die Einbildung. Das Eigentliche, das Philosophen behaupten, ist nichts als eine von ihnen erfundene Hinterwelt, über die sie dann die Auskunft verweigern, weil sie sich nicht anmaßen möchten... (s.oben)

Nur Andeutungen und Metaphern bringen sie angesichts des “Unsagbaren” noch zustande. Klar ist dabei nur eines: Die Wirklichkeit wird von Philosophen zum bedeutungslosen Vordergrund erklärt. Alles, womit es der Mensch real zu tun hat, ist für sie nichts, erhält seine Bedeutung nur durch seine Beziehung auf etwas Jenseitiges. Die Sinnfrage verlangt gar keine Antwort. Das Bewusstsein zu pflegen, dass der Mensch ein Stäubchen im Universum und als solches gut aufgehoben ist, ist die Antwort.

Moderne Philosophen behaupten schon selber, dass die Frage die Antwort ist. Dem Menschen, sagen sie, ist es zu allen Zeiten schon darum gegangen, nicht nur wissenschaftliche, sondern “letzte Wahrheiten” zu finden. Also ist die Frage nach dem Sinn, da sie Tradition hat, nicht ganz von der Hand zu weisen. Der Mensch, so wird behauptet, ist überhaupt so einer, der Sinnentwürfe in sich trägt, der das Fragen und immer weiter Fragen einfach nicht lassen kann. Der Mensch als Träger der Sinnidee, das ist doch auch eine Antwort. Sollen wir etwa den Menschen vorschreiben, worin sie einen Sinn sehen sollen? Aber mehr oder weniger im gleichen Atemzug beklagt sich der Philosoph darüber, dass der Mensch sein eigenes Wesen immer so wenig zur Kenntnis nimmt. Insbesondere heutzutage ist der Mensch leider im bloßen vordergründigen “Zweckdenken” befangen und hört so gar nicht mehr auf die Stimmen aus der anderen Welt.

Für einen Philosophen ist der Mensch ein eigentümlich widersprüchliches Geschöpf, dem sein eigenes Wesen immer gepredigt werden muss. Nur, wäre es sein Wesen - man müsste es ihm nicht ständig predigen.

“Leben, das Sinn hätte, fragte nicht danach”, sagt Adorno und beweist so, dass die Sinnfrage, kaum dass sie irgendein Idiot aufbringt, auch schon berechtigt ist: Das Fragen nach dem Sinn beweist schlagend, das er fehlt, ergo dass es ihn gibt - als unabweisbares Bedürfnis, das die schlechte Welt zwangsläufig hervorbringt. Dass die Sinnfrage eine falsche Reaktion auf eine “schlechte Welt” sein könnte, das mag auch ein kritischer Philosoph nicht denken.

Sinn ist, dass der Mensch einen sucht und braucht. Dass der Glaube an ein wie auch immer geartetes jenseitiges Reich vorhanden, gar verbreitet ist, ist das Resultat der tiefsten philosophischen Denkerei. Ein mageres Ergebnis? Vielleicht, aber die Existenzgrundlage für Philosophen.

## Instrumente kritischen Denkens, wie wir sie gar nicht mögen “Du bist dogmatisch!”

Kaum streitet unsereiner mit anderen über eine Sache, weist ihnen Fehler in ihrer Argumentation nach und liefert Beweise, dass der strittige Sachverhalt so und nicht anders beschaffen ist, bekommt er den Vorwurf des Dogmatismus zu hören.

Der Vorwurf ist gewichtig. Der Beschuldigte, so die Anklage, geht von unbewiesenen und dennoch unverrückbaren Prinzipien aus und hält an seinen jeder möglichen Kritik entzogenen Dogmen eisern und gegen jede Evidenz fest. Aussagen anderer lässt er nur gelten, wenn sie mit den eigenen Vorurteil übereinstimmen. Und für diese bloß subjektive Weltanschauung beansprucht er dann auch noch allgemeine Geltung, ja klagt gegen jedermann deren Verbindlichkeit ein.

Das ist Dogmatismus – und der verdient jede Ablehnung, wenn er vorliegt. Dass er vorliegt, will allerdings erst noch *bewiesen* sein. *An Argumenten und Behauptungen* wäre der Beweis zu führen, dass die verhandelte Sache unter einer vorweg eingenommenen, parteiischen *Einstellung* betrachtet wird: D.h., dass sie nach einem Vorurteil zurechtgestutzt und dabei widersprüchlich bestimmt wird, anstatt dass ihr Begriff aus ihren Eigenschaften und deren notwendigem Zusammenhang folgte. Durch den *Nachweis inhaltlicher Fehler* und durch sonst nichts ist der Dogmatismus eines Dogmatikers entlarvt. Der Vorwurf “Du bist aber dogmatisch” fügt dieser Kritik nichts hinzu, sondern heftet dem anderen bloß ein abschließendes, verurteilendes Etikett an. Deshalb hängt alles von diesem Streit ab und nichts vom Etikett.

Die Praxis derer, die freizügig mit dem Dogmatismus-Vorwurf hantieren, ist das aber nicht. Ihr Vorwurf beendet Auseinandersetzungen und eröffnet sie nicht. Wer ihn erhebt, sieht sich nicht in der Pflicht, dafür zu argumentieren, sondern tut so, als sei das Verteilen des üblen Etiketts selbst schon so etwas wie ein Argument. Kein einziges Urteil wird so dem Inhalt nach bestritten, stattdessen werden alle geäußerten Urteile in ihrem Geltungsanspruch zurückgewiesen. Der Vorwurf richtet sich dann aber auch gar nicht auf den Inhalt einer “dogmatischen” Theorie, er legt sich in Wahrheit nicht damit an, dass eine *verkehrte* Theorie *als gültig* behauptet wird, sondern erklärt für *verkehrt, dass überhaupt eine Theorie Gültigkeit beansprucht*.

Wer den Dogmatismus-Vorwurf erhebt und *das* für ein Argument hält, geißelt einen Verstoß gegen das schöne bürgerliche Pluralismus-Gebot: Keine Theorie darf richtig sein! Dass einer auf seinen Argumenten beharrt, solange sie nicht widerlegt sind, dass er also auf Prüfung besteht, ist sein Verbrechen. Da muss schon einmal die Frage gestattet sein, warum man denn überhaupt diskutieren und streiten sollte, wenn nicht, um andere zu überzeugen oder von ihnen davon überzeugt zu werden, was es mit der in Rede stehenden Sache auf sich hat? Wer bloß

erzählen will, welchen ganz persönlichen Reim er sich auf irgendwelche Sachverhalte macht, würde besser gleich das Maul halten und darauf verzichten, andere Leute mit rein subjektivem Quark zu nerven.

Insofern ist der beliebte Dogmatismus-Vorwurf ein absurdes Kunstwerk: Wer ihn erhebt, führt gegen den anderen, der diskutieren will, eigentlich den eigenen *Unwillen zu einer sachlichen Diskussion* ins Feld – dies aber in der Form, dass der andere - wegen seines Dogmatismus - schuld sei am Gesprächsabbruch. Die Verweigerung des Argumentierens muss unbedingt selbst noch in der Form eines Arguments daherkommen – als ob es nötig wäre das unveräußerliche Recht, auf Argumente nicht hören zu müssen, zu verteidigen. Das ist wirklich nicht nötig! Die Freiheit hat jeder, sie kann niemandem weggenommen werden.

Aber es ist auch kein Rätsel, warum die akademischen Bürger selbst beim Verweigern von Prüfung und Klärung noch partout argumentativ Recht behalten wollen: Sie wissen um die Macht eines Gedankens, den sie als gültig akzeptieren. Er verlangt praktische Konsequenz. Gewohnheiten, Sitten, die politische und wirtschaftliche Ordnung als verkehrt erkannt, verlangen Korrektur. Im ernstesten Streit um die Wahrheit einer Beurteilung hört jeder Beteiligte praktische Konsequenzen drohen. Die Freiheit, sich diesen Konsequenzen nicht stellen zu müssen, verteidigen stolze Selbstdenker, indem sie dem Gedanken gleich ohne jede Prüfung den Geltungsanspruch absprechen. Deswegen verschonen sie auch den Papst mit ihrem Dogmatismus-Vorwurf, der immerhin verkündet, dass eine Jungfrau ein Kind geboren hat, das nach ein paar Erdenjahren erst in die Hölle und dann in den Himmel gefahren ist. Ebenso erhaben über den Verdacht, Dogmatiker zu sein, sind all die Esoterik-Gurus, die Glück und Gesundheit versprechen, wenn der Kunde sein Leben nach dem Mondkalender einrichtet, und auch all die Uni-Professoren mit ihren unbeweisbaren Dogmen von der Vernunft und Nützlichkeit der bürgerlichen Ordnung. Dogmatiker sind grundsätzlich nur Leute, die “unserem Alltag” nicht Recht geben, die Gesellschaft kritisieren und andere von ihrer Kritik mit Argumenten überzeugen wollen.

Termine!

# **GEGENSTANDPUNKT**

## **Politische Vierteljahreszeitschrift**

Die Redaktion bietet regelmäßige Gelegenheit zur politischen Diskussion. Themen sind Innen- und Weltpolitik, Wirtschaft und Geistesleben; ferner Artikel, die in unserer Zeitschrift erschienen sind.

**Ort: Ex-KOMM, K4 im Künstlerhaus,  
Nürnberg, Königstr. 93, Festsaal.**

Donnerstag 10. Mai 2001, 20.00 Uhr

### **Zwei Dauerkriege sichern den Frieden im Nahen Osten**

Der jüdische Staat will die arabischen Einwohner seiner eroberten Gebiete nicht als Bürger haben; eine Trennung von ihnen und eine Verwaltung für die störenden Besetzungsobjekte darf aber nichts kosten: Keinen Verzicht auf weitere Siedlungen, keine Schranken für die Bewegungsfreiheit des Militärs und die Reichweite israelischer Macht. Aus dem Palästinenser-Staat wird also nichts. Die USA drängen ihren Vorzugspartner nicht wirklich zum Kompromiss. Sie relativieren und sichern die eine Front durch eine zweite: Den Irak lassen sie auch 10 Jahre nach seiner Niederlage nicht zur Normalität zurückkehren und bombardieren ihn regelmäßig. Ihren imperialistischen Konkurrenten aus Europa, die Geschäftsbeziehungen und Einfluss im Nahen Osten gerne ausbauen würden, zeigen sie so die Rote Karte und stellen sie vor die Gretchenfrage ihrer gemeinsamen Weltherrschaft. Das ist der Weltfrieden.

Weitere Termine: 31. Mai, 28. Juni, 19. Juli.

Die Themen werden rechtzeitig veröffentlicht unter: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

# Sozialistische Gruppe (SG)

Die SG veranstaltet regelmäßige Diskussionsveranstaltungen,  
die allen Interessierten offen stehen.

Die Themen werden durch Aushang bekannt gegeben.

## Umwelt und Naturschutz

Wovon ist die Rede, wenn "Umwelt"  
in der Öffentlichkeit Thema ist?  
Wir stellen unsere Thesen dazu am

**Mittwoch,  
den 2. 5. 2001,  
um 20.00 Uhr c.t.**

im Gebäude des Sprecherrats,  
Turnstr. 7, in Erlangen

zur

## Diskussion

(Weiteres zum Thema s. S. 2 in diesem Heft)

Am **Mittwoch, den 16. 5. 2001**  
werden uns folgende Fragen beschäftigen:

Welche Kalkulationen sind in einer Gesellschaft  
am Werk, in der der Produktion die Rücksicht  
gegenüber ihren eigenen Voraussetzungen gewalt-  
sam aufgeherrscht werden muss? Was schützt der  
Staat mit Umweltschutz?

Weitere Informationen und Texte unter

**[www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)**

**mittwochs  
20.00 Uhr c.t.  
alle 14 Tage**

**Sprecherrat  
Turnstr.7  
Erlangen**

**Im Sommer-  
semester '01:**

**2. Mai  
16. Mai  
30. Mai  
13. Juni  
27. Juni  
11. Juli**